



Ära endet
Kurtulus und Reyhan Vural
hören im »Aspendos« auf
Gießen – Seite 23

Vertrauen
Zwei Pfarrer über Glaube, Liebe
und Hoffnung in unruhiger Zeit
Region – Seite 7

Vielschichtig
Die Jugendarbeit des
FC Gießen unter der Lupe
Fußball – Seite 16

Neues Baugebiet
Landwirte fürchten
um ihren Hof
Laubach – Seite 41

GLOSSIERT

Mit Respekt

Eines muss man der Kanzlerin lassen: Hat sie eine Formulierung gewählt, dann bleibt sie dabei. Als sie vor vier Jahren ankündigte, noch einmal anzutreten, sagte sie in drei Pressekonferenzen hintereinander wenig elegant, das sei „keine triviale Entscheidung“ gewesen. „Keine einfache Entscheidung“ hätte sicher besser gepasst. Das Coronavirus nennt sie immer wieder eine „demokratische Zumutung“, obwohl das Virus doch politisch neutral ist und den Politikern Entscheidungen abverlangt, die in einer Demokratie nur schwer zumutbar sind. Am allerschönsten aber ist Merkmals immer wieder eine „Respekt“, wenn es eng für eine Politikerin oder einen Politiker wird. Insofern kann SPD-Ministerin Franziska Giffey, die wegen ihrer Doktorarbeit unter Druck ist, froh sein, dass sie nicht der Union angehört. Denn wie ihr hat Merkel auch Karl-Theodor zu Guttenberg und Annette Schavan in ähnlicher Lage „Respekt“ bekundet, der dann beim Rücktritt zum „allergrößten Respekt“ wurde. Giffey bekam immerhin schon „großen Respekt“ seitens der Berliner SPD, weil sie ihren Titel ruhen lässt. Dass die SPD von Merkel gelernt hat, zeigte sich, als dieser Tage Mecklenburg-Vorpommerns Regierungschefin Manuela Schwesig ihrem zurückgetretenen Innenminister Lorenz Caffier „Respekt“ zollte. Bei so viel Respektbekundungen für Rücktritte denkt man fast wehmütig: Wie schade, dass Jogi Löw kein Politiker ist. Dann könnte ihm sein badischer Landsmann Wolfgang Schäuble seinen allerhöchsten „Respekt“ bekunden und dann sanft murmeln: „Jogi isch over.“

DIETER SATTLER

AUS DEM INHALT

Wetter

Bedeckt, bis 4 Grad



Kultur	8-9
Pinnwand	31
Wetter · Roman · Comic	44
Fernsehen	54
Wochenend	55-60

Meine Seite

Der Waldtrapp
lernt das Fliegen

32

Mittagstisch

Familienanzeigen

22

18-22

Foto im Titelkopf:

Schepp

Ihr Draht zu uns

Zentrale 06 41/30 0030
Leserservice 06 41/30 03 77
Anzeigenservice 06 41/30 03 33
Redaktion 06 41/30 03-123

www.giessener-allgemeine.de



Baerbock drängt zum Handeln

Die Grünen-Vorsitzende Anna-Lena Baerbock hat auf dem Bundesparteitag die Dringlichkeit schnellen Handelns in der Klimapolitik betont. „Kritisch ist nicht 2040 oder 2050“, sagte Baerbock am Freitag in ihrer Rede zum Auftakt des digitalen Parteitags. Kritisch seien die kommenden zehn Jahre. „Jetzt beginnt das entscheidende Jahrzehnt“, mahnte sie. „Jede Zeit hat ihre Farbe. Und diese Zeit ist grün“, sagte Baerbock in ihrer Rede. „Wir müssen jetzt ins Machen kommen.“ Es gehe darum, die erneuerbaren Energien massiv auszubauen, den Kohleausstieg zu beschleunigen, saubere Autos auf die Straße zu bringen, die Kreislaufwirtschaft zu starten. Gleichzeitig forderte sie aber auch ein offenes Ohr für Skeptiker. Denn Innovation und Bewegung seien für viele Menschen auch eine Zumutung. afp/dpa/FOTO: DPA

» Seiten 4 und 5

Impfstoff vor der Zulassung

Höchstzahl an Corona-Neuinfektionen in Deutschland

Mainz – Großer Schritt auf dem Weg zum sehnsüchtig erwarteten Wirkstoff gegen eine Corona-Infektion: Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer haben eigenen Angaben zufolge bei der US-Arzneimittelbehörde FDA eine Notfallzulassung für ihren Corona-Impfstoff beantragt. Das bestätigte Pfizer am Freitag bei Twitter.

Falls der Wirkstoff zugelassen wird, könnten besonders gefährdete Menschen in den USA bereits Mitte bis Ende Dezember geimpft werden. Anträge auf eine Zulassung für Europa und weitere Regionen seien in Vorbereitung. „Wir können innerhalb von Stunden liefern, wenn wir eine Genehmigung erhalten sollten“,

sagte eine Sprecherin von Biontech.

Eine wichtige Rolle bei der Produktion des Impfstoffs soll ein Werk in der Stadt Marburg spielen. Die Übernahme dieser Produktionsanlage vom Schweizer Pharmakonzern Novartis wurde laut Biontech im Oktober abgeschlossen.

Unterdessen hat die Zahl der Corona-Neuinfektionen in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht. Am Freitag meldeten die Gesundheitsämter dem Robert Koch-Institut (RKI) 23 648 neue Corona-Infektionen binnen 24 Stunden. Im Vergleich zum Vortag stieg die Zahl der neu gemeldeten Fälle damit um gut 1000. Der bisherige Spitzenwert war mit 23 542 verzeichneten Fäl-

len am Freitag vor einer Woche registriert worden. Regierungssprecher Steffen Seibert zeigte sich besorgt. Die Zahl der belegten Betten in den Intensivstationen und die Zahl der Patienten, die künstlich beatmet werden müssten, seien schon jetzt deutlich höher als im Frühjahr, sagte Seibert am Freitag in der Bundespressekonferenz. Jeden Tag würden 250 Menschen in Deutschland ihr Leben wegen der Krankheit verlieren.

Längerer Lockdown zeichnet sich ab

In den Beratungen zu den am Mittwoch anstehenden Entscheidungen im Kampf gegen die Corona-Pandemie zeichnet

sich eine Verlängerung des Teil-Lockdowns ab. Wie das Wirtschaftsmagazin „Business Insider“ unter Berufung auf Länderkreise berichtet, könnten die seit Anfang November geltenden Maßnahmen bis 20. Dezember verlängert werden. Auch nach Informationen der „Berliner Morgenpost“ und des „Tagesspiegel“ (Freitag) gibt es Überlegungen, den Teil-Lockdown bis mindestens kurz vor Weihnachten zu verlängern.

Ist das Infektionsgeschehen nach Weihnachten nicht im Griff, sollen zudem nach Willen der SPD-geführten Länder und einiger CDU-Länder die Winterferien bis 10. Januar verlängert werden, berichtete das Magazin weiter. dpa

Mehrweg-Verpackungen fördern

Umweltministerin stellt Pläne vor, um Abfall zu reduzieren – Kritik der FDP

Berlin – Wiederverwendbare Verpackungen statt Plastikbecher oder Styropor-Schalen – Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) will Verbrauchern künftig die Wahl geben. Ihr Ministerium stellte am Freitag einen Entwurf zur Änderung des Verpackungsgesetzes vor, wonach Cafés und Restaurants von 2022 an Mehrweg-Alternativen für Waren zum Mitnehmen anbieten müssen. „Wir haben einfach noch viel zu viele Verpackungsabfälle, und das wollen wir weiter eindämmen“, sagte Staatssekretär Jochen Flasbarth.

Der Referentenentwurf zur Gesetzesänderung soll Kunststoff- und Abfallvorgaben der EU in deutsches Recht umset-

zen und zur Müllvermeidung beitragen. Flasbarth verwies in erster Linie auf Kunststoffabfälle, von denen mehr als die Hälfte im Verpackungsbereich anfielen. Daher müssten dort

auch die „Stellschrauben“ nachgezogen werden.

Laut Ministerium sollen sich die Verbraucher bei Speisen zum Sofortverzehr sowie Getränken stets „zwischen Ein-

weg- und Mehrwegverpackung entscheiden können“. Letztere dürfen laut der geplanten Novelle dabei nicht teurer sein und müssen vom jeweiligen Restaurant oder Café auch zurückgenommen werden. Kleine Geschäfte mit höchstens drei Mitarbeitern sind demnach von der Pflicht ausgenommen.

Die umweltpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Judith Skudely, bezeichnete den Vorstoß der Bundesministerin als „Farce“. Sie kritisierte die Anschaffungskosten für Gastronomen: „Auf einmal zählt das Argument der Hygiene-Unsicherheit bei Mehrweg-Behältern nicht mehr, was gerade in einer Pandemie äußerst fragwürdig ist.“ afp



Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD).

FOTO: DPA

Studie: Frankfurt wächst, Vogelsberg verliert

Frankfurt – Frankfurt wird laut einer Prognose auch in den kommenden Jahren viele Menschen anziehen. Das Hamburger Gewos Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung sagt der Stadt bis 2035 das größte Bevölkerungswachstum unter den deutschen Metropolen nach Berlin voraus. Konkret prophezeien die Forscher Frankfurt ein Plus von 6,2 Prozent. Damit werde die Einwohnerzahl von geschätzt gut 766 000 Menschen dieses Jahr auf über 813 000 im Jahr 2035 steigen. Gewos sagt auch der Stadt Groß-Gerau ein Bevölkerungszuwachs von 6,5 Prozent bis 2035 voraus, es folgen Darmstadt (+3,7) und Offenbach (+2,6). Rückgänge sieht Gewos für den Vogelsbergkreis (-6,7 Prozent) und den Odenwaldkreis (-2,0 Prozent). the

Köln verbietet zu Silvester Böllern in der Altstadt

Köln – Die Stadt Köln will an Silvester Böllern mindestens in der Altstadt verbieten. Das sagte Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos). Man warte ansonsten die weiteren Vorgaben des Landes ab. Durch das Böllerverbot sollen unter anderem Menschenansammlungen in der Altstadt vermieden werden. Zudem wolle man Verletzungen vorbeugen und so Krankenhäuser und Rettungsdienst entlasten. Bundesweit ist eine Debatte über Feuerwerk im Corona-Jahr 2020 entbrannt. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hält nichts von einem Verbot „Feuerwerk muss Silvester trotz Corona möglich sein“, hatte er der „Bild“ gesagt. dpa

» Seite 4